

25.2.2021

**Statement Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des  
Handelsverbandes Deutschland (HDE) in der  
Bundespressekonferenz**



*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage bei großen Teilen des vom Lockdown betroffenen Einzelhandels ist dramatisch. Viele Unternehmen insbesondere im Modehandel wissen nicht mehr, wie sie ihre Geschäfte vor der Insolvenz retten sollen.

Die Unternehmen erwarten jetzt das angekündigte „Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie“.

Unsere aktuelle Umfrage unter 2030 derzeit geschlossenen Handelsunternehmen in ganz Deutschland zeigt, dass der Innenstadthandel in Kalenderwoche 7 – das ist die vergangene Februarwoche – knapp 80 Prozent seines Umsatzes im Vergleich zum Vorjahr eingebüßt hat. In der Folge sieht sich mehr als die Hälfte des Lockdown-Handels ohne weitere staatliche Hilfen für das Jahr 2021 in Insolvenzgefahr. Bezogen auf den Innenstadthandel liegt dieser Wert bei mehr als 60 Prozent. Das sind dramatische Ergebnisse, die deutlich machen, dass ohne passgenaue und schnelle staatliche Unterstützung und ohne Öffnungsperspektive in vielen Innenstädten in den kommenden Wochen die Lichter ausgehen.

Leider kommen die staatlichen Hilfen nach wie vor nicht ausreichend an. Im Jahr 2020 beliefen sich die Hilfen auf durchschnittlich 11.000 Euro pro Händler. Damit retten Sie kein einziges Unternehmen. Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung Änderungen bei der Überbrückungshilfe 3 umgesetzt hat. Das ist aber nicht genug. Drei Viertel der Händler sagen, dass die aktuellen Hilfsmaßnahmen nicht zur Existenzsicherung ausreichen. Das liegt zum einen daran, dass nach wie vor beispielsweise keine Lösung für einen Unternehmerlohn gefunden wurde und die Bürokratie zur Beantragung der Hilfen kaum mehr zu durchblicken ist. Außerdem sind für größere Handelsunternehmen nach wie vor die Begrenzungen auf EU-Ebene ein Hindernis. Wenn insgesamt pro Unternehmen maximal zwölf Millionen Euro Hilfszahlungen zugelassen sind, dann bleibt es für viele größere Händler bei einem Tropfen auf den heißen Stein. Der Pessimismus ist aber sicher auch dem nach wie vor schleppenden Tempo bei der Auszahlung geschuldet. Wenn da nicht sehr viel mehr Tempo reinkommt, wird sich das für uns alle in leeren Schaufenstern und verödeten Stadtzentren in den Innenstädten bemerkbar machen. Das gilt es dringend zu verhindern.

Wie verzweifelt die Lage für viele Einzelhändler mittlerweile ist, lässt sich auch in der hohen Klagebereitschaft ablesen. So plant mehr als ein Viertel der befragten Bekleidungshändler, gegen die Schließung des eigenen Geschäfts vor Gericht zu ziehen. Und das trotz aller Unwägbarkeiten und eventuell anfallender Kosten.

Ein weiterer Grund für die verbreiteten Pläne, vor Gericht zu ziehen, ist sicher auch die Enttäuschung über die mangelnde Anerkennung der Politik für die hervorragend funktionierenden Hygienekonzepte der Branche. Denn es kam weder im durchgehend geöffneten Lebensmittelbereich noch vor dem Lockdown im derzeit geschlossenen

Einzelhandel zu Auffälligkeiten im Infektionsgeschehen. Einkaufen ist auch in Zeiten der Pandemie eine sichere Angelegenheit. Das zeigt eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und der Berufsgenossenschaft für Handel und Warenlogistik (BGHW). Demnach konnte unter den Beschäftigten der Branche kein erhöhtes Infektionsgeschehen festgestellt werden. Das gilt folglich erst Recht für die Kundinnen und Kunden, die sich ja deutlich kürzer in den Geschäften aufhalten.

Nach der langen pauschalen Lockdown-Phase vermissen wir eine klug zwischen Bund und Ländern abgestimmte Politik mit Impfkonzep, angepassten Hygieneregeln, Teststrategien und App-Lösungen, die funktionieren und bei denen Datenschutzregeln temporär krisenbedingt zur besseren Rückverfolgbarkeit der Infektionen suspendiert werden. In einer ganzheitlichen Strategie können gleichzeitig zum Gesundheitsschutz auch die horrenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten Berücksichtigung finden.

Für den Handel ist nicht zu verstehen, warum die Ladentüren erst ab einer stabilen Inzidenz von 35 wieder aufgehen sollen. Die Branche hat sich mit ihrer großen Flexibilität und ihren wirkungsvollen Hygienekonzepten mehr verdient. Es muss mehr geben, als „Geschlossen“ bis 35. Ein weiter so auf unbestimmte Zeit befördert den Vertrauensverlust in die Politik, verschärft die negative Stimmungslage im Land und ist für die betroffenen Unternehmen inakzeptabel.

Es ist daher dringend erforderlich, dass Bund und Länder auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 3. März die angekündigte transparente, verbindliche und evidenzbasierte Öffnungsstrategie mit konkreten Maßnahmen beschließen. Hierbei dürfen Wirtschaft und Pandemiebekämpfung nicht gegeneinandergestellt werden, auch wenn den gefährlicheren Virusvarianten höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Denkbar ist beispielsweise die Wiedereröffnung in Stufen. Bei höheren Inzidenzen könnten strengere Vorgaben für Kundenzahl und Hygiene gelten, die dann bei sinkender Infektionszahl gelockert werden. Vorstellbar ist auch der Verkauf bei Einzelterminen mit der Kundschaft. Die Politik muss hier mehr Kreativität Raum geben.

Die Händler brauchen eine realistische Perspektive auf ein baldiges Ende des Lockdowns. Ansonsten wurden Mitte Dezember viele zehntausende Ladentüren zum letzten Mal auf- und abgesperrt.